



Traktandum 8 / Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2020–2023; Entwürfe Kantonsratsbeschlüsse - Kantonsratsbeschluss über den Aufgaben- und Finanzplan 2020–2023 des Kantons Luzern / Finanzdepartement

1.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	PFK Allgemein	Bei sämtlichen Zahlenabbildungen sollen künftig zwei Rechnungsjahre ausgewiesen werden.
2.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Schmutz Judith 86 ff. / H0-1010 Staatskanzlei	Die finanziellen und personellen Ressourcen, welche für den Mehraufwand der Digitalisierung erforderlich sind und das Tagesgeschäft übersteigen, sind zu erhöhen.
3.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Misticoni Fabrizio 86 ff. / H0-1010 Staatskanzlei	Die geplante Aufstockung des Personalbestandes beim Datenschutzbeauftragten soll nicht 100% sondern 200% betragen.
4.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Koch Hannes 129 / H0-5010 GSD – Stabsleistungen	Auf die Massnahme «Kürzung Kantonsbeitrag ab 2019 für den Zweckverband institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZISG)» ist zu verzichten.
5.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Hofer Andreas 131 / H0-5010 GSD – Stabsleistungen	Die Bezugskriterien für Tixi-Taxi-Bons für Menschen mit einer Mobilitätsbeeinträchtigung werden an die Kriterien des Jahres 2016 angepasst.

6.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Misticoni Fabrizio 139 f. / H0-6680 JSD – Staatsarchiv
	Das Staatsarchiv soll ab 2020 eine zusätzliche Vollzeitstelle zur Aufarbeitung der liegengebliebenen Akten erhalten.	
7.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Agner Sara 140 ff. / H0-6680 JSD – Staatsarchiv
	Erhöhung Personalbestand um 3 Vollzeitstellen in den Planjahren 2021–2022 (befristet). Ab Planjahr 2023 nur noch eine zusätzliche Vollzeitstelle (Ausgangslage Personalbestand 2020).	
8.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Zbinden Samuel 163 / H1-6670 JSD – Handelsregisterführung
	Das Handelsregister soll im Rahmen des Umzugs in die zentrale Verwaltung in Emmen für 2021 und die Folgejahre 65 000 Franken erhalten.	
9.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Sager Urban 191 ff. / H2-3400 BKD – Berufs- und Weiterbildung
	Berufsschulklassen sind ab dem Schuljahr 2020/2021 wieder analog zu den Gymnasien und Fachmittelschulen auf maximal 24 Lernende festzulegen.	
10.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Spörri Angelina/Heeb Jonas 195 / H2-3400 BKD – Berufs- und Weiterbildung
	Der Betrag für Stipendien/Darlehen soll für 2021 und die Folgejahre im Globalbudget mehr als 10,5 Mio. Franken betragen, angepasst an die steigenden Zahlen der Luzerner Studierenden.	
11.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Meyer-Jenni Helene 195 / H2-3400 BKD – Berufs- und Weiterbildung
	Der Betrag für Stipendien/Darlehen ist ab 2021 schrittweise bis 2023 auf min. 12 Mio. Franken zu erhöhen.	

12.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Meyer-Jenni Helene 202 / H2-3500 BKD – Hochschulbildung
	Der Trägerschaftsbeitrag der PHLU wird ab 2021 schrittweise erhöht, damit bis im Jahr 2023 der Art. 9 der FHV-Bestimmungen wieder eingehalten werden kann.	
13.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Heeb Jonas 202 / H2-3500 BKD – Hochschulbildung
	Der Trägerschaftsbeitrag für die PH Luzern soll für 2021 und die Folgejahre mindestens 8,1 Mio. Franken betragen.	
14.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Sager Urban 209 / H3-3502 BKD – Kultur und Kirche
	Der Beitrag für den Zweckverband Grosse Kulturbetriebe ist ab 2021 um 1,2 Mio. Franken zu erhöhen, um den Zustand vor KP17 zu erreichen.	
15.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Meyer-Jenni Helene 209 / H3-3502 BKD – Kultur und Kirche
	Die ab 2021 geplanten Einsparungen von 0,8 Mio. Franken bei den Luzerner Museen sind zu streichen.	
16.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Koch Hannes 215 / H4-5020 GSD – Gesundheit
	Das Globalbudget gemeinwirtschaftliche Leistung Lups ist ab 2021 gestaffelt jeweils um 0,5 Mio. Franken weiter zu erhöhen, bis die Betreuung der Hilfesuchenden in nützlicher Frist gewährleistet ist.	
17.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Roth David 232 / H5-5040 GSD – Soziales und Gesellschaft
	In den Planjahren 2021–2023 sind zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Einrichtungen nach dem Gesetz über soziale Einrichtungen (SEG) Angebote für Entlastungstage und -ferien für Familien von Kindern mit Behinderung entwickeln und bereitstellen können. Diese Angebote sollen bedarfsgerecht und für die öffentliche Hand finanziell tragbar sein. Sie sollen auch eine Weiterentwicklung zur geplanten Förderung kantonaler ambulanter Leistungen gemäss SEG ermöglichen.	
18.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	PFK 237 f. / H5-5041 GSD – Sozialversicherungen
	Für die uneinbringlichen Krankenkassenprämien ist gemeinsam mit Gemeinden und Krankenkassen ein effektives, anreizbasiertes Inkassosystem zu suchen.	

19.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	PFK 266 ff. / H7–2040 BUWD – Umwelt und Energie
	Im AFP 2021–2024 sind die im Bereich Klimaschutz und Klimaadaptation vom Kantonsrat beschlossenen und weitere Massnahmen aus dem Bericht über die Energie- und Klimapolitik konsequent finanziell abzubilden.	
20.	Antragsteller/in Seite <u>Antrag:</u>	Frank Reto/RR 266 ff. / H7–2040 BUWD – Umwelt und Energie
	Ablehnung Bemerkung PFK.	
21.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	PFK 268 / H7–2040 BUWD – Umwelt und Energie
	Für das Förderprogramm Energie sind in den Jahren 2021–2023 je 1,2 Mio. Franken zusätzliche kantonale Mittel einzustellen.	
22.	Antragsteller/in Seite <u>Antrag:</u>	Frank Reto/RR 268 / H7–2040 BUWD – Umwelt und Energie
	Ablehnung Bemerkung PFK.	
23.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Bärtsch Korintha 268 / H7-2040 BUWD – Umwelt und Energie
	Ab 2021 sind zusätzliche Ressourcen für die Umsetzung der Bodenverbesserungen einzustellen.	
24.	Antragsteller/in Seite <u>Bemerkung:</u>	Frey Monique 268 / H7-2040 BUWD – Umwelt und Energie
	Das Globalbudget ist 2021 um 900 000 Franken zu erhöhen; für die Arbeit der interdepartementalen Arbeitsgruppe Klima und dadurch verursachte Überstunden (200 000) und für die Begleitung und Expertisen durch externe Fachleute und spezialisierte Büros (700 000). Es ist nur eine zusätzliche Arbeitsstelle für die Erarbeitung des Klimaberichtes sowie max. 200 000 bei Sach- und Betriebsaufwand eingerechnet. Das ist viel zu wenig.	